

Das jüdische Schulwesen in Heidelsheim im 19. Jahrhundert

*Für Ricarda und Nikolas,
die die Schulzeit noch vor sich haben.*

Die Entwicklung des jüdischen Schulwesens in Baden im 19. Jahrhundert ist vor dem Hintergrund der Judenemanzipation zu sehen, die insbesondere mit den Konstitutionsedikten 1807/08 in eine neue Phase eintrat. Kernanliegen der Emanzipation war die Integration des jüdischen Bevölkerungsteils in die christliche Gesellschaft, wobei naturgemäß die Unterrichtung der Kinder eine entscheidende Rolle spielte. So wurde im 9. Konstitutionsedikt (dem eigentlichen „Judenedikt“ vom 13. Januar 1809) die Schulpflicht auch für israelitische Kinder festgeschrieben. Das galt auch für Heidelberg, bedeutete aber nicht, dass sofort eine jüdische Schule errichtet wurde. Insofern kann die genauere Betrachtung der Entwicklung eines Ortes die Schwierigkeiten und Entwicklungen des jüdischen Schulwesens in Baden aufzeigen, wobei Heidelberg typisch für eine Landgemeinde mit einem relativ großen jüdischen Bevölkerungsteil ist.¹ Wesentliche Aspekte der Entwicklung im 19. Jahrhundert sollen im Folgenden angesprochen werden.

ZUR SCHULSITUATION DER JUDEN IN HEIDELSHEIM UM 1800

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts gab es noch keine Schule als eigenständiges Gebäude für die Unterrichtung der jüdischen Jugend, sondern nur eine „Schule“ im eingeschränkten jüdischen Sinne, d. h. ein Lehr- und Gebethaus für die gesamte Gemeinde. Diese befand sich wahrscheinlich an der Stelle der später errich-

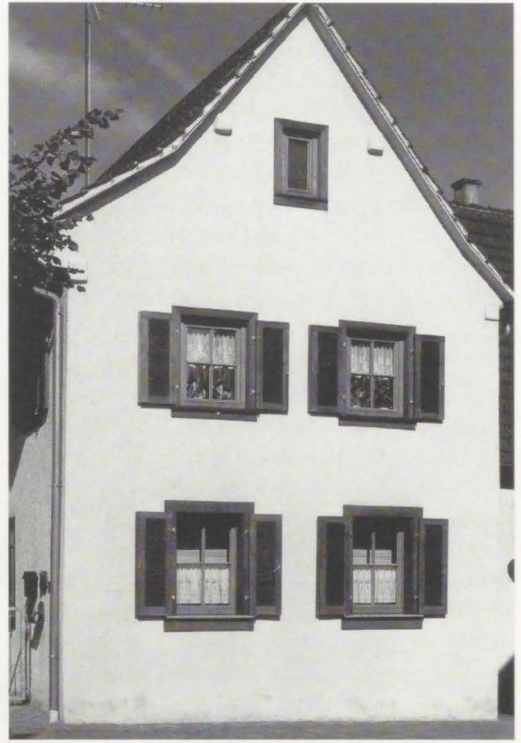
teten Synagoge auf dem Kanzelberg. In einer statistischen Auflistung vom 21. Februar 1803 wird diese Schule erwähnt. Es heißt dort: Für die Juden sei „eine Schule vorhanden, [aber] keine Synagoge“. Genauer über dieses Gebäude konnte bisher nicht in Erfahrung gebracht werden. Aus den Akten bezüglich der Errichtung der Synagoge in den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts kann man aber entnehmen, dass das Vorgängergebäude deutlich kleiner war und überwiegend aus Holz bestand.

Aus dem Jahre 1813 (und damit aus der Zeit nach dem Konstitutionsedikt) erfahren wir erstmals Näheres über die Unterrichtsverhältnisse bei den Heidelheimer Juden. Seit 1812 gab es mit Louis Cappel und Jakob Sandersleben zwei jüdische Hauslehrer, die die Kinder in weltlichen und religiösen Dingen unterrichteten. Damit sie auch die nichtreligiösen Fächer lehren durften, mussten sie vor dem zuständigen Dekanat Bretten eine Prüfung ablegen. Wie der Heidelheimer Stadtrat am 1. Oktober 1813 nach Bruchsal meldete, unterrichtete Cappel zu dieser Zeit neun Kinder von drei jüdischen Familien, und zwar von Emanuel Carlebach, Marx Herz Marx und Löw Herz Marx; nach Geschlecht oder Alter wurde nicht getrennt. Sein Kollege hatte im Hauptunterricht zehn Kinder aus vier Familien, wobei er auch noch in „Nebenstunden“ drei Kinder der Familien David Hirsch Dreifus und Moses Kaufmann Odenheimer unterrichtete. Die Tochter von Odenheimer besuchte daneben die evangelisch-lutherische Schule am Ort.

Es war für jüdische Kinder auch möglich, nur die Ortsschule zu besuchen. Davon machten immerhin sechs Kinder aus drei Familien Gebrauch. Insgesamt kamen somit 28 Kinder



Wohnhaus Zehntgasse 5, zwischen 1838 bis 1861 jüdische Schule mit Wohnhaus. Zustand ca. Anfang 20. Jh. und heutiger Zustand.



Fotos: links: freundliche Leihgabe von Frau Pfeil, Heidelberg, rechts: Steffen Maisch

aus 12 Familien in den regelmäßigen Genuss von allgemeiner wie auch religiöser Bildung, was fast alle jüdischen schulpflichtigen Kinder umfasste.

Daneben nahmen die beiden Kinder des Jeßle Joseph Maier unregelmäßig Unterricht bei den schon genannten Hauslehrern. Zu vermuten ist, dass sie dann Unterricht bekamen, wenn Geld zur Verfügung stand. Als letzte Möglichkeit gab es noch den örtlichen Vorsänger Samuel Israel; er unterrichtete fünf Kinder aus zwei Familien.

Diese sehr gemischte Form des Unterrichts für die jüdischen Kinder gefiel den zuständigen Behörden nicht, sodass im Oktober 1813 das Bruchsaler Landamt verordnete, sämtliche Kinder der Juden in eine der christlichen Stadtschulen zu schicken. Mit diesem Ansinnen kam das Amt aber nicht durch, wobei vor allem der religiöse Unterricht das Haupthindernis darstellte, wie der Heidelheimer Stadtrat am 26. August 1814 nach Bruchsal meldete. Auf diesen, so der Rat, legten die Juden aber Wert.

In diesem Schreiben ist auch von einem neuen Hauslehrer die Rede, ohne dass dieser namentlich erwähnt wäre. Erst in einem Schreiben vom Februar 1815 wird von der Prüfung des „Jüdischen Lehrers Moses Bamberger zu Heidelberg“ gesprochen. Interessant ist dieses Schreiben in einer weiteren Hinsicht, denn es legt den Schluss nahe, dass es in Heidelberg eine eigenständige jüdische Schule gab. So heißt es dort: „Zugleich wird dem Decanat [Bretten; S. M.] hiermit die Aufsicht auf die Heidelheimer Israelitische SchulAnstalt übertragen.“²

VON DER RELIGIONSSCHULE ZUR ÖFFENTLICHEN SCHULE

Die „SchulAnstalt“, die 1815 bestand, war aber ausschließlich eine religiöse Schule, d. h. eine Schule, die den Forderungen des Konstitutionsediktes nicht genügte. Die jüdischen Kinder mussten also weiterhin von approbierten Privatlehrern unterrichtet werden oder eine

der örtlichen christlichen Schulen besuchen. Da aber viele Juden den Besuch der eigenen „SchulAnstalt“ für ausreichend erachteten, führte dies immer wieder zu Auseinandersetzungen mit den zuständigen Behörden.

Schon im Oktober 1815 ist von einem weiteren Judenlehrer Moses Rosenthal die Rede, der anscheinend neben Bamberger in Heidelberg unterrichtete, wobei Rosenthal im Gegensatz zu Bamberger nicht approbiert war, was für die Kinder zur Folge hatte, dass sie zusätzlich in eine öffentliche Schule mussten.

Vermutlich befand sich Bamberger die nächsten Jahre in Heidelberg, denn erst 1821 werden zwei neue Privatlehrer genannt: Michael Rosenthal aus dem Königreich Bayern, der seit Anfang des Jahres bei Emanuel Carlebach und Marx Herz Marx unterrichtete und Samuel Lieswanger aus Hechingen, der seit Februar 1821 bei den Familien Hirsch und Moses Odenheimer sowie Salomon Gimbel Maier den Unterricht versah. Beide waren damals ohne Erlaubnis des Kreisdirektoriums angestellt worden, sodass sie ausgewiesen wurden.

Einem Schriftwechsel, der sich mit den Spannungen zwischen Christen und Juden auseinandersetzt³, kann man einiges über das Bildungswesen der Juden im Jahre 1822 entnehmen. So stellte der Vorsteher Carlebach fest, dass alle Juden in Heidelberg „deutsch lesen und schreiben“ könnten und dass es „Jugendlehrer“ gäbe, die „öffentlich geprüft“ seien. Auch hätten sich nach seinen Angaben die christlichen Lehrer über ein Zurückbleiben der jüdischen Jugend bisher nicht beklagt. Eine öffentliche jüdische Schule wird aber nicht ausdrücklich erwähnt.

Aus dem Jahr 1832 ist wieder ein Schreiben des Heidelheimer Stadtrates erhalten, der am 25. Juli nach Bruchsal meldete, dass „hier eine eigene israelitische Schule [bestehe]“, die auch über einen eigenen Lehrer verfüge, womit aber weiterhin die Religionsschule gemeint war. In einem Schreiben des Oberrats der Israeliten in Karlsruhe an die Kreisregierung vom November 1832 heißt es, dass „bey der israelitischen Gemeinde Heidelberg *keine öffentliche Gemeindeschule* konstituiert“ [Hervorh.: S. M.] sei. Weiterhin eröffnete der Oberrat den Heidelheimer Juden die Möglichkeit, eine öffentliche Schule zu errichten, wenn sie bereit wären,

einen Lehrer mit 150 Gulden im Jahr und freier Wohnung zu unterhalten. Dieses Ansinnen lehnte die jüdische Gemeinde ab, wie der Stadtrat am 4. Januar 1833 zurückmeldete. Das lag sicherlich nicht an mangelndem Interesse von Seiten der Israelitischen Gemeinde, sondern hatte schlicht finanzielle Hintergründe. Die Finanzlage der Gemeinde war permanent angespannt und die Ausgaben wurden im Wesentlichen von wenigen Familien – die meistens die Gemeindeleitung stellten – getragen.

Die Errichtung einer eigenen Schule blieb aber auf der Tagesordnung, so insistierte die Schulkonferenz des Oberrats der Israeliten am 6. 11. 1834 darauf, dass eine solche „sehr zu wünschen u. wohl auch ausführbar wäre“. Diese Ansicht teilte die jüdische Gemeinde nicht, wobei hier sicherlich der Widerstand der Gemeindeführer ausschlaggebend war. Das Bruchsaler Oberamt beauftragte am 15. 11. 1834 den Heidelheimer Bürgermeister, die „Israelitischen Familienhäupter zu fragen, ob sie eine eigene Schule gründen wollten“. Seitens des Synagogenrates unterblieb jede Reaktion, sodass der Stadtrat von Heidelberg am 19. Mai 1835 meldete, dass die Israelitische Gemeinde sich nicht in der Lage sähe, eine eigene Schule zu tragen. In diesem Zusammenhang wies das Oberamt auf die Verpflichtung zur Einhaltung der Schulpflicht hin, bei Verstößen sollte namentlich Anzeige erstattet werden; auch dies ein Zeichen, wie interessiert man von Seiten des Staates war, die Juden zu integrieren.

1838 wurde dann seitens der Israelitischen Gemeinde ein eigenes Gebäude in der Zehntgasse erstanden, welches bis 1861 als Schullokal diente, wobei auch hier zunächst nur der Religionsunterricht abgehalten wurde (Abb. S. 371). Die rechtliche Stellung der Schule änderte sich also zunächst nicht; noch 1842 meldete der Oberrat Epstein an das Karlsruher Kultusministerium, dass es keine öffentliche israelitische Schule für alle Lehrgegenstände an diesem Ort gibt.

Die JÜDISCHE SCHULE IN HEIDELSHEIM

Eine öffentlich anerkannte Israelitische Schule, die alle Lehrgegenstände abdeckte, gab



Wohnhaus und Gaststätte „Strohhut“, Markgrafenstr. 16, von 1861 bis 1876 jüdisches Schulhaus mit rituellem Frauenbad.

Foto: Steffen Maisch

es erst ab 1844, denn 1849 erfragte die Kreisregierung in Karlsruhe beim Oberamt in Bruchsal, wie hoch der Zuschuss zum Lehrer Gehalt seit 1844 sei. Auch war nun der Synagogenrat von Heildesheim aktiv geworden. 1843 trat der Synagogenrat von Heildesheim mit der Bitte, die jüdischen Kinder vom Schulbesuch der evangelischen Ortsschule zu befreien, an der Oberrat heran. Dieser entschied aber, dass wegen der „Unständigkeit des Dienstverhältnisses [sic] der *Religionsschullehrer*“ [Hervorh.: S. M.] diese Bitte nicht zu unterstützen sei. Die „israelitische schulpflichtige Jugend in Heildesheim“, so der Oberrat in seinem Schreiben vom 25. November 1843, sollte daher „zum ordnungsgemäßen Besuche der Ortsschule (...) angehalten“ werden.

Zum Jahreswechsel 1843/44 hat sich der Wunsch der Heildesheimer Juden nach einer eigenen Schule aber konkretisiert, so wurde im Gemeinderat am 29. Februar 1844 über die Bitte des Synagogenrats um eine „Bewilligung eines Beitrags aus der Gemeindekasse und Zustimmung zur Errichtung einer israelitischen öffentlichen Schule“ gesprochen. Der Gemeinderat entschied, dass „dem Vorhaben der israelitischen Gemeinde, eine öffentliche Schule zu errichten und ihre Jugend nun *ausschließlich* von einem israelitischen Lehrer (...) unterrichten zu lassen, kein Hinderniß entgegen“ stehe [Hervorh.: S. M.]. Eine finanzielle Unterstützung wurde aber abgelehnt.

DER LEHRER LEOPOLD SCHEUER

Der Lehrkörper der christlichen Schulen bestand 1850 aus drei Hauptlehrern und einem Unterlehrer. Diese verdienten zusammen 900 Gulden im Jahr, wobei die Hauptlehrer jeweils 250 Gulden erhielten, der Unterlehrer 150. Der Lehrer der jüdischen Schule, Leopold Scheuer, hatte ebenfalls den Titel eines Hauptlehrers, doch lag sein Gehalt, welches von der israelitischen Gemeinde bezahlt wurde, mit 175 Gulden nur geringfügig über dem des christlichen Unterlehrers. Er unterrichtete zu dieser Zeit 35 Schüler. Wann Leopold Scheuer nach Heildesheim kam, konnte bisher nicht herausgefunden werden, er muss aber nach 1839 zugezogen sein, da er bis dahin in keiner Einwohnerstatistik aufgeführt wird.

Um das schlechtere Gehalt auszugleichen, sollte die Stelle mit einem entsprechenden Grundstück ausgestattet werden, was Scheuer 1861 zu erreichen versuchte. Da die Gemeinde aber keine freien Grundstücke besaß und dazu noch hoch verschuldet war, wurde sie seitens des Oberrats von einer entsprechenden Verpflichtung Scheuer gegenüber dispensiert, aber angehalten ihm eine finanzielle Entschädigung zu gewähren. Scheuer forderte 11 Gulden im Jahr, was ihm auch zugesichert wurde, wie der Heildesheimer Synagogenrat am 27. 11. 1861 an das Bruchsaler Oberamt meldete. Zwei Jahre später erhielt er dann eine Gehaltserhöhung um 50 Gulden. Zuschüsse zur Lehrerstelle gewährte auch die zuständige Kreisbehörde, sie schwankten zwischen 13 und 28 Gulden im Jahr.

Trotzdem war sein Gehalt mehr als bescheiden, was u. a. dazu führte, dass die Söhne Scheuers allesamt nach Amerika auswanderten. Anlässlich der Auswanderung seines zweitältesten Sohnes Abraham 1872 wurde ausdrücklich festgehalten, dass sich seine Eltern „in nicht besonders günstigen Vermögensverhältnissen“ befänden.

Scheuers Kompetenz war anerkannt, wie aus verschiedenen Beurteilungen hervorgeht. So stellte der Oberrat in Karlsruhe am 27. August 1863 in einem Antwortschreiben an das Bruchsaler Bezirksrabbinat fest, dass man „mit Vergnügen (...) ersehen [habe], dass die Religionsprüfung (...) durchweg ein sehr vorzügliches Resultat ergeben habe, wofür dem dortigen Hauptlehrer Scheuer die wohlverdiente Anerkennung hiermit ausgesprochen wird.“ Auch fünf Jahre später äußerte sich der Großherzogliche Kreisschulvisitator anlässlich der Schulprüfung im Amtsbezirk Bruchsal positiv über Scheuer: „Die am 26. August d. Js. [=1868] in der israelitischen Volksschule zu Heildesheim vorgenommene Prüfung hat erkennen lassen, dass Hauptlehrer Scheuer fortfährt, durch ein gründliches und anschauliches Lehrverfahren seine Schule in befriedigendem Stand zu erhalten und durch eine lebendige Behandlung der Unterrichts-Gegenstände seinen Schülern Eifer und Lernfreudigkeit einzuflößen.“ Problematisch waren eher andere Aspekte des Schullebens, die im gleichen Bericht moniert wurden. So sollte die



Grabstein von Leopold Scheuer auf dem Jüdischen Friedhof Bruchsal.

Foto: Steffen Maisch

„auffallende und schwer gerügte Unsauberkeit“ der Schulkinder abgestellt und sie „zum Gebrauche des Schulabtrittes“ gewöhnt werden. (Abb. S. 375)

DAS NEUE SCHULHAUS

Erst 1861 hat die israelitische Gemeinde ein neues Schulhaus angekauft. Es befand sich in der Markgrafenstraße und steht heute noch (Abb. S. 373). Wegen der enormen Kosten, die der Gemeinde entstanden sind (1856 wurde ja auch die Synagoge errichtet), empfahl der Gemeinderat, die israelitische Gemeinde weiterhin mit einem staatlichen Beitrag zu unterstützen. Dieser wurde gewährt und war mit 18 Gulden höher als der Betrag, den beispielsweise Bretten (14 Gulden und 26 Kreuzer) oder Untergrombach (12 Gulden) erhielten. Der Kauf und die Herrichtung des neuen Schulhauses kam sicherlich nicht allzu überraschend, denn schon 1856 war in Zusammenhang mit der Errichtung der neuen Synagoge davon die

Rede gewesen, dass möglicherweise ein „neues Schulhaus“ zu bauen sei.

Hinsichtlich der Errichtung des Schulhauses gibt es leider keine Pläne, sondern nur eine umfangreiche Auflistung der umgebauten Räumlichkeiten und der entsprechenden Kosten. Interessant ist dabei eine weitere Nutzung, die dieses Gebäude erfüllte, denn dort befand sich auch das rituelle Frauenbad, wie aus der Kostenaufstellung hervorgeht.

DIE UNTERRICHTETEN FÄCHER

Welche Fächer in der jüdischen Schule von Leopold Scheuer unterrichtet wurden, zeigt am besten eine Auflistung einer Schulprüfung, die vom zuständigen Rabbiner Schlesinger am 30. Juli 1871 vorgenommen wurde:

Prüfung der Schüler, 30. Juli 1871:

I. unterste Klasse:

<i>Lesen</i>	<i>gut</i>
<i>Erzählen</i>	<i>zufrieden</i>
<i>Rechnen</i>	<i>vollkommen sicher</i>
<i>Schön- und</i>	
<i>Rechtschreibung</i>	<i>genügend</i>

II. Klasse:

<i>Lesen</i>	<i>ziemlich gut</i>
<i>Schönschreiben</i>	<i>recht gut</i>
<i>Rechtschreiben</i>	<i>vollkommen</i>
	<i>zufrieden</i>
<i>Sprachlehre und Aufsatz</i>	<i>gut</i>
<i>Rechnen</i>	<i>vollkommene</i>
	<i>Sicherheit</i>

III. Klasse:

<i>Lesen</i>	<i>zufrieden</i>
<i>Orthographie</i>	<i>vollkommen gut</i>
<i>Sprachlehre und Aufsatz</i>	<i>recht gut</i>
<i>Rechnen</i>	<i>vollkommen gut</i>
<i>Naturgeschichte</i>	<i>nicht geprüft</i>
<i>Geografie</i>	<i>zufrieden</i>
<i>Geschichte</i>	<i>gut</i>

Die Schülerzahlen waren je nach Klasse recht unterschiedlich. Im Schuljahr 1870/71 befanden sich sieben Schüler in der I. Klasse im Alter von 6 Jahren, in der II. Klasse (8 Jahre) waren fünf Schülerinnen und Schüler, und in

der höchsten Klasse waren 12 Kinder zwischen 9 und 13 Jahren. In der ganzen Schule waren damals also 24 Kinder.

DAS ENDE DER JÜDISCHEN SCHULE

Wie in anderen Orten auch, endete das eigene jüdische Schulwesen mit allen Lehrgegenständen mit der Einführung der sogenannten Simultanschule in Baden 1876. Damit wurden alle konfessionellen Schulen abgeschafft. Es gab nur noch Gesamtschulen, die alle Schulkinder gemeinsam besuchen mussten. Nur hinsichtlich des Religionsunterrichtes wurde unterschieden.

In Heidelberg waren so bis Ende des 19. Jahrhunderts neben Katholiken und Protestanten auch Juden in der hiesigen Ortsschule gemeldet. Erst 1902 befanden sich keine jüdischen Kinder mehr auf der örtlichen Schule.

Quellenbestände

Generallandesarchiv Karlsruhe
Central Archives of the History of the Jewish People
Jerusalem
Stadtarchiv Bruchsal/Abteilung Heidelberg
Stadt Bruchsal/Grundbuchamt
Evangelisches Pfarrgemeinearchiv Heidelberg

Literatur

Johann Ludwig Ewald, Ideen über die nöthige Organisation der Israeliten in Christlichen Staaten, hg. u. mit e. Nachwort versehen v. J. A. Steiger, Heidelberg 1999 (Exempla Philosemitica 1) [Erste Auflage erschien 1816].

Uri Kaufmann, Das jüdische Schulwesen auf dem Lande. Baden und Elsaß im Vergleich 1770-1848, in: Jüdisches Leben auf dem Lande. Studien zur deutsch-jüdischen Geschichte, hgg. v. Monika Richarz u. Reinhard Rürup, Tübingen 1997, S. 293-326.

Michael A. Meyer (Hg.), Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit, Bd. 2: 1780-1871 von Michael Brenner u. a.; Bd. 3: 1871-1918 von Steven M. Lowenstein u. a., München 1996/1997.

Berthold Rosenthal, Heimatgeschichte der badischen Juden seit ihrem geschichtlichen Auftreten bis zur Gegenwart, Bühl 1927 (Reprint 1981).

ders., Die jüdischen Volksschulen in Baden, in: Gedenkbuch zum 125-jährigen Bestehen des Oberrates der Israeliten Badens, Frankfurt 1934, S. 127-165.

Reinhard Rürup, Die Emanzipation der Juden in Baden, in: Oberrheinische Studien II, hg. v. A. Schäfer, Bretten 1973, S. 1-22.

Jürgen Stude, Geschichte der Juden im Landkreis Karlsruhe, Ubstadt-Weiher 1990.

Jacob Toury, Soziale und politische Geschichte der Juden in Deutschland 1847-1871. Zwischen Revolution, Reaktion und Emanzipation, Düsseldorf 1977 (Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte der Universität Tel Aviv 2).

Anmerkungen

- 1 Jüdische Bürger: 1801: 89, 1820: 139 (von 2106), 1839: 192, 1849: 192, 1875: 158, 1900: 38.
- 2 Obwohl nicht mit dieser Quelle belegt, findet man in sämtlicher Literatur zum Thema das Datum 1815 als Gründungsdatum der jüdischen Schule in Heidelberg. Dabei beziehen sich alle Autoren auf den Aufsatz von Rosenthal von 1934, der wiederum auf den Text von Ewald von 1816 verweist. Dort wird zwar Heidelberg zusammen mit Gailingen und Randegg als die Orte genannt, in denen jüdische Schulen bestanden, doch wird nicht klar unterschieden, ob es sich um eine rein religiöse Schule oder um eine Schule für alle Lehrgegenstände handelte.
- 3 Es gab eine gravierende Beschwerde seitens der christlichen Heidelheimer an das Oberamt Bruchsal über die Bürgerannahme und den Allmendgenuss der Heidelheimer Juden, zu der Emanuel Carlebach als Vorsteher der Gemeinde Stellung beziehen musste.

Anschrift des Autors:
Steffen Maisch
Wettgasse 12 a
76646 Bruchsal